

Der Sowjetzonen transit macht nur etwa 1,3 Prozent des Hamburger Hafenumschlags aus (40 000 Tonnen im ersten Quartal 1951 bei einem Gesamtumschlag von 3 Millionen Tonnen), die Tschechen aber ließen im gleichen Zeitraum 175 000 Tonnen über Hamburg laufen.

Vor dem Krieg bezog Hamburg seine Frachten zu 50 Prozent aus dem Gebiet der heutigen Sowjetzone und aus Berlin. Heute gehen die Produkte der sächsischen und anhaltischen Industrie und auch die weißen Schätze der mitteldeutschen Kali-Bergwerke größtenteils im Direktverkehr nach Polen und in die Sowjetunion.

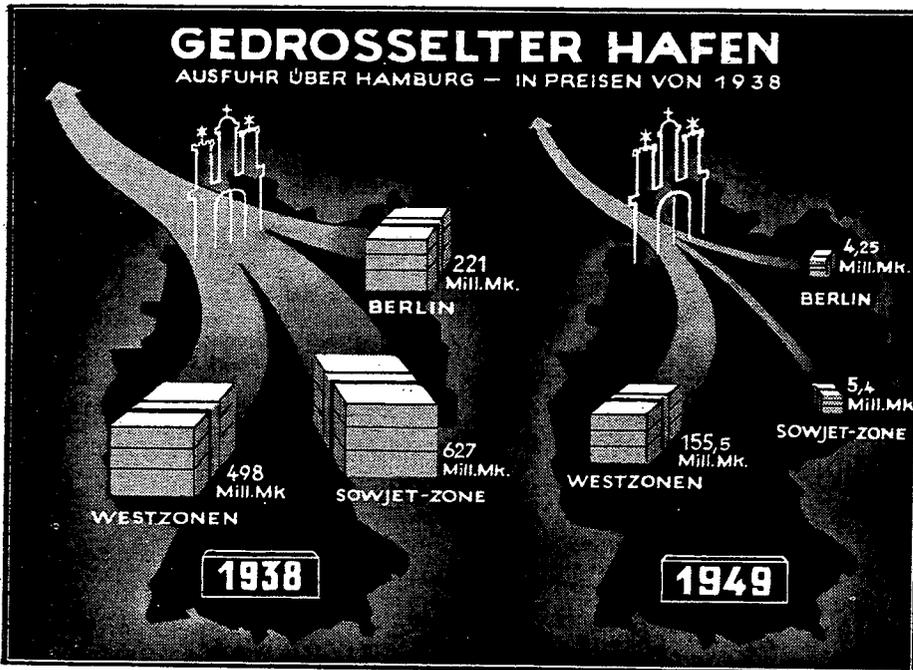
teigisch wichtiges Material sind. In den Hamburger Frachtkontoren aber wälzt man die erweiterte Vorbehaltsliste der Hochkommissare und sondiert vorsichtig, ob blutstillende Medikamente noch nach Asien verladen werden dürfen. Denn Drogen, die chinesische Wöchnerinnen in Hongkong vor dem Verbluten retten, könnten unter Schmuggelständen auch Verwendung in einer rotchinesischen Feldambulanz finden.

Die Petersberger Sperrliste der verbotenen Handelsgüter nannte bis zum 31. Mai rund 200 Warengruppen. Jetzt haben die obersten Marshallplaner in Washington eine differenzierte Verbotsliste veröffent-

bei Nichterfüllung sich dann in Zukunft ihre Waren woanders bestellen.

In Bonn habe man die Nerven verloren, seit Truman droht, den Ländern, die immer noch der rote Handel lockt, den ECA-Hahn abzudrehen. Truman habe sich inzwischen selber revidiert, so vor dem Kongreß am 2. Juni: „Einige freie Nationen müssen aus den kommunistischen Staaten Kohle, Getreide, Holz, Erze und andere Waren beziehen, die für die Verteidigung der westlichen Welt von größter Bedeutung sind. Diese Staaten, die bei ihrer Einfuhr von den Ländern des Sowjetblocks abhängig sind, würden durch eine Verringerung ihrer Exporte in Schwierigkeiten geraten.“ Diese Rohstoffschwierigkeiten spürt auch die westdeutsche Industrie.

Hamburgs senatsamtlicher Handelsstatistiker Dr. Marquardt zückte gewichtige Unterlagen, um die Eingleisigkeit der befohlenen Restriktion nachzuweisen: Der Chinaexport und -transit haben sich in Antwerpen trotz der amerikanischen Schreckschüsse Anfang dieses Jahres vervielfacht:



Ausfuhr nach Rotchina (Transit und Export in Tonnen)

	IV. Quartal 1950	I. Quartal 1951
Hamburg	970	1217
Antwerpen	14 547	77 512

Auch Rotterdam vermehrte seinen China-Umschlag.

„Warum dann aber die einseitige Diskriminierung Hamburgs?“ Senatssyndikus Dr. Blecke fordert mehr intereuropäische Gerechtigkeit. „Der Hamburger Freihafen ist keine Seeräuberzone, er bildet keine Ausnahme.“

Wenn schon Einschränkungen aus sicherheitsstrategischen Gründen, dann zu Lasten aller westeuropäischen Häfen, aber nicht so, daß jetzt auf Grund der künstlichen Einschränkungen des deutschen Handels die Benelux-Häfen profitieren, verlangt auch die Hamburger Handelskammer.

Das gab dem Kronrat der Exporteure neue Zivilcourage für seine Rebellion gegen Frankfurt und Bonn:

„Ein illegaler Handel liegt nur dort vor, wo die entsprechenden Geschäfte im Widerspruch zu den entsprechenden Vorschriften getätigt werden. Das aber bedeutet, daß diese Bestimmungen dem Handel mit den Oststaaten immer noch ein legales Betätigungsfeld lassen, und dieser legale Handel ist genau so erwünscht und förderungswürdig wie der Außenhandel schlechthin. Wir können uns doch trotz Korea nicht so anstellen, als wenn wir 500 Jahre lang keinen Chinahandel mehr treiben werden.“

Aber Hamburgs Bürgermeister Brauer baute große Hoffnungen auf eine gewichtige Klausel der jüngsten Interzonen-Handelsbesprechungen, die Berlin-Pankow verpflichtete, einen wesentlichen Teil des sowjetzonalen Imports und Exports über Hamburg zu leiten. Im Mai waren die ersten Auswirkungen dieses Dienstleistungsvertrages schon günstig zu spüren. Indes, das zarte Hoffnungspflänzchen wurde sehr schnell zertreten.

Mit den Tschechen möchten es die Reeder und Makler nun auf keinen Fall verderben, obwohl diese letzte Säule des früheren Hamburger Frachten-Traktes aus Südosteuropa auch schon leicht geborsten ist — durch die starken Handelsverflechtungen der CSR mit der Sowjetunion und anderen Ländern des Ostblocks. Der Südosteuropa-Transit (1938: 4,1 Millionen Tonnen) und die Ein- und Ausfuhr für Mitteldeutschland waren einst Hamburgs stärkste Umschlagkomponenten. Sie machten Hamburg zum drittgrößten Hafen der Welt (nach New York und London).

Heute machen die Benelux-Häfen Rotterdam und Antwerpen das große Export- und Transitgeschäft. Am Beispiel der „Morella“ wurde es wieder offenkundig: Was man ihr in Hamburg nicht gönnte, bekommt sie in Rotterdam in Mengen. Rotterdams geschäftstüchtige Makler ziehen durch vielsagende Inserate den Frachtenstrom an sich: „Rotterdam — freier als ein Freihafen.“

Darauf hüpfen nicht nur die sowjetzonalen DAHAG-Agenten, sondern auch alle westeuropäischen Exporteure, die sich keine Kopfschmerzen darüber machen, ob Eisenbahnschienen oder Kraftwagen stra-

licht — mit über 100 000 Produkten und Artikeln, die von ECA-Ländern in Zukunft nicht mehr an die Staaten des Sowjetblocks geliefert werden dürfen; darunter Zucker, Frauenkleidung, Federn, Baumwolle und Rizinusöl.

Bonn reagierte prompt darauf. Am 1. Juni verfügte das Bundeswirtschaftsministerium weitere Beschränkungen für den China-Export. Am 3. Juni hatten es alle Exporteure schriftlich: Sofort alle bereits erteilten Lizenzen an die zentrale Genehmigungsstelle nach Hamburg zurückreichen. Bisher genügte für den Export eindeutig ziviler Waren auch nach den Ostblockländern Ausfuhrerklärungen, die von den zuständigen Außenhandelsbanken der Exporteure ausgestellt wurden. Jetzt muß jede Lieferung nach Rotchina — und wenn es Hosenträger sind — von der zentralen Genehmigungsstelle in Frankfurt befürwortet werden.

Das hat die Hamburger Exporteure noch mehr in Zorn gebracht. Sie meuterten ganz offen und weigern sich, die einmal erteilten Ausfuhrerklärungen zurückzuschicken.*) Das sei gegen jede Abmachung; mit den Handelspartnern in Uebersee seien bereits feste Liefertermine vereinbart. Sie würden

*) Für Waren, deren Export im legalen Handel nach Rotchina genehmigt war, sollte nach Bekanntgabe Bonns eine Übergangsregelung gelten. Wenn für sie bis Ende Mai keine Genehmigung erforderlich war, so könnten sie bis 15. Juni exportiert werden, sofern eine Ausfuhrerklärung einer Außenhandelsbank spätestens am 30. Mai ausgestellt war. Aber diese Übergangsregelung wurde, wie die Handelskammer kürzlich rügte, unwirksam durch stillschweigende Verschiffsverbote „wie im Fall „Morella“.“

POLIZEI

Weitmanns Heil

Über die tieferen Hintergründe seines „Falles“ sagt Münchens Polizeivizepräsident Dr. Ludwig Weitmann, 45: „Sechs Jahre hat kein Mensch von meinen Vergehen gesprochen. Nun hat man im Auerbach-Fall erlebt, daß die wiederholten Versuche, Münchens Polizei aus dem Landesentschädigungsamt zu verdrängen, erfolglos geblieben sind: Da war es ein willkommener Anlaß, daß nun ein so lächerliches Verfahren gegen mich geht.“

Das lächerliche Verfahren läuft amtlich unter „Devisenvergehen“ und bekommt von Weitmann eine entsprechend politische Note: „Ich war der Auffassung, daß jede Mark, die ich ins Ausland bringe, dem Nazi-Regime schadete.“ Dies der Kommentar zur Vergangenheit.

Die gegenwärtige Entwicklung in Münchens Polizeispitze ist dementsprechend: Kaum hat sich der bundes-prominente Münchener Polizeipräsident Franz Xaver Pitzer in der Waldeinsamkeit seiner Truderinger Weekendhütte notdürftig bei 740 D-Mark Monatspension von den Herz-attacken des Goldschieberprozesses erholt, der ihn bei Eintreffen seines Freispruches schon um SPD-Zugehörigkeit und Amt gebracht hatte — nach 47 Partei- und fünf Polizeidienstjahren — da nahm die Staatsanwaltschaft München I Tuchföhlung mit Xaver Pitzers Stellvertreter und Nachfolger Dr. Weitmann.

So ist der gewandte Jurist aus dem Hintergrund polizeilicher Kleinarbeit endgültig in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, in dem er eben schon durch briefliche Kontroversen mit Bayerns Finanzminister Dr. Zorn — um die polizeiliche Besetzung des Auerbachschen Landesentschädigungsamtes — erschienen war.

Aber das blieb genau so Episode wie die dumme Geschichte im Juli 50. Da versuchte eine gelegentliche Begleiterin des hohen Polizeibeamten am Steuer seines Wagens, die Olympiastraße München-Garmisch derart rasant zu bewältigen, daß Landpolizei und Highway-Patrol das Fahrzeug stoppten. Worauf im weiteren Ablauf der Ereignisse der Vizepräsident auf eine beabsichtigte Dienstfahrt hingewiesen und sein hohes Polizeiamt derart zweckmäßig in Erinnerung gebracht haben soll, daß die Landpolizei von versuchter Beamtennötigung sprach und die Staatsanwaltschaft München II — Aktenzeichen Ga 2 Js 972/50 — am 22. 12. 50 Anklage erhob.

Rein privaten Charakter haben nun die jüngsten Auseinandersetzungen, in die der Polizeivizepräsident Dr. Weitmann verwickelt ist, und zwar mit dem Dipl.-Ing. Rudolf Roßmann, Gauting bei München, Zugspitzstraße 48, einem alten Bekannten aus gemeinsamen Emigrationsjahren in der Schweiz.

Diese Schweizer Emigrationsjahre bildeten den Ausgangspunkt laufender Ermittlungen, als Dipl.-Ing. Roßmanns detaillierte Fragen amtsbekannt wurden:

- ob Polizeivizepräsident Dr. Ludwig Weitmann sein Vermögen in der Schweiz den Vorschriften entsprechend angemeldet habe?
- ob bekannt sei, daß Polizeivizepräsident Dr. Weitmann im Herbst vorigen Jahres bei einer Züricher Bank 650 US-Dollar abgehoben habe?

Die staatsanwaltschaftliche Ueberprüfung führte in beiden Fragen zu negativem Ergebnis für Münchens amtierenden Polizeichef. Er fand bei seiner Vernehmung folgende Erklärung: Schon vor seiner Tätigkeit als Polizeivizepräsident habe er sich seinerzeit bei Verkündung des einschlägigen Gesetzes 53 der Mil.-Reg. die entsprechenden Meldeformulare zur Anmeldung von Auslandsvermögen verschafft, und zwar in doppelter Ausfertigung, weil das Schweizer Vermögen nur zum Teil ihm gehöre, zum Teil seiner Tante, der Witwe des ehemaligen Chefredakteurs der „Münchner Neuesten Nachrichten“, Dr. Fritz Gerlich, der auch bis 33 das antinazistische katholische Wochenblatt „Der gerade Weg“ herausgab. Fritz Gerlich wurde bei der NS-Generalabrechnung des 30. Juni 34 in Dachau umgebracht.

Er, Polizeivizepräsident Weitmann, habe also beide Formulare ausgefüllt und zu-



Die Tante hatte es nicht eilig: Polizeivizepräsident Weitmann (Zivil)

sätzlich einen für die Militärregierung bestimmten Schriftsatz diktiert; man möge das Vermögen der Tante beschleunigt freigeben, angesichts ihrer Verfolgungen im Dritten Reich. Landrat Konrad Neumann, Bruder der Konnersreuther Therese und auch CSU-Abgeordneter im Bayerischen Landtag, habe damals eine Fahrtnöglichkeit beschafft, damit Weitmann seine halb gelähmte Tante in ihrem Heim in Lauterhofen/Oberpfalz besuchen konnte, wo er um Unterschrift für die ausgefüllten Formulare gebeten habe.

Die Tante habe das allerdings so eilig nicht tun wollen. Sie habe die Formulare an sich genommen mit der Zusicherung, sie nach nochmaliger, ruhiger Durchsicht, mit Unterschrift selbst abzusenden. Später habe sie bestätigt, daß dies auch tatsächlich geschehen sei.

Formulare dieser Art wurden bei den Nachforschungen der Devisenüberwachungsstelle weder unter „Gerlich“, dem Namen der Tante, noch unter „Weitmann“, dem Namen des Polizeivizepräsidenten, irgendwo gefunden. Als Erklärung dafür stehen verschiedene Möglichkeiten zur Auswahl:

- Die Formulare wurden nicht abgeschickt,
- Der Brief ging unterwegs verloren,

- Der Brief ging bei der Meldestelle verloren.

Eine vierte Lesart stammt von Vizepräsident Dr. Weitmann: Der Ermittler der Militärregierung habe möglicherweise bei der 1946er Ueberprüfung der politischen Zuverlässigkeit des Gerlich-Neffen die Formulare bei der Bank abgeholt, ohne sie je zurückzubringen. Dann allerdings müßte der gründliche Mann auch gleich die Karteikarte der Bank kassiert haben. Von den verfügbaren Zeugen erinnern sich der Landrat Neumann und eine Dame, der Weitmann damals den Begleitbrief diktierte, der von ihnen jeweils erlebten Teilereignisse. Tante Gerlich konnte nichts Bestimmtes über die Angelegenheit sagen.

Die Abhebung der 650 Dollar im Jahre 1950 in der Schweiz gibt Weitmann unumwunden zu. Grund der Abhebung: Meinungsverschiedenheiten mit Dipl.-Ing. Roßmann, nachdem dieser jahrelang die Weitmann-Gerlich-Gelder in der Schweiz verwaltet hatte. Da diese Abhebung aber mit Vollmacht Dipl.-Ing. Roßmanns — damals Devisenausländer — erfolgt sei, so habe sich Weitmann für die Abhebung berechtigt gehalten und seine Quittung entsprechend gezeichnet: „Für Roßmann, Weitmann.“

Der jetzige Münchner Polizeivizepräsident Dr. Weitmann hatte zur Zeit der Hitlerschen Machtergreifung mit seinem Onkel Gerlich an dessen Wochenzeitung „Der gerade Weg“ gewirkt. Weitmann war dabei, als die Redaktionsräume am 9. März 33 von SA gestürmt wurden, er kam dann auch mit seinem Onkel Gerlich in Haft. Bald nach seiner Haftentlassung begann er Gelder — auch solche seiner Tante — in Schweizer Sicherheit zu bringen. Diese Transaktionen, vermischt mit Schmuggel illegalen Schrifttums, setzte er auch fort, als er trotz der 33er Ereignisse in der Münchener Au als Amtsgerichtsrat Staatsbeamter wurde.

Zwischen 1934 und 36 seien auf diese Weise etwa 50 000 Silbermark schwarz über die Grenze gewandert, weiß der Dipl.-Ing.-Sohn Wendelin Roßmann, 25, aus jahrelangem Studium der Vorgänge. Vollmacht zur Anlage des Weitmann-Geldes hatte in dieser Zeit Vater Dipl.-Ing. Rudolf Roßmann, seit 34 Schweiz-Emigrant, damals bei den Maschinenfabriken Gebrüder Sukzer, Winterthur, beschäftigt.

Als Familie Roßmann 1936 nach Oesterreich übersiedelte, wanderten dorthin mit dem Familiengepäck auch Unterlagen über des damaligen Amtsgerichtsrats Weitmann Schweizer Geldgeschäfte. So daß der Gestapo, als beim 38er Oesterreich-Einmarsch die Emigrantenfamilie Roßmann planmäßig hausdurchsucht wurde — Dipl.-Ing. Roßmann war gerade wieder in der Schweiz — die staatschädigende Nebenbeschäftigung des Münchener Amtsrichters Weitmann offenbar wurde. Rechtzeitig genug ging dieser daraufhin den Weg seines Geldes und schulte den schwäbischen Akzent, den er vom pferdehandelnden Vater aus Illertissen mitbekommen hatte, auf Schwyzer Dütsch um. Was von Weitmann aus diesen Fluchttagen noch in Deutschland zurückblieb, das war seine Ausschreibung durch das Fahndungsblatt der deutschen Kriminalpolizei. Zu einer Verhaftung Weitmanns kam es aber nicht.

Nun war der Dr. Weitmann in der glücklichen Lage, seine Schweizer Asylzeit ab 38 nicht mit brotlosen ideologischen Denkübungen ausfüllen zu müssen, er war ein gewiegter Börsenpraktiker: „Ich hatte immerhin schon seit meiner Volljährigkeit an der Börse spekuliert, so daß ich mir im Laufe der Jahre drüber ein Vermögen von etwa 500 000 Schweizer Franken gemacht habe. Hauptsächlich mit drei Zügen, bei denen ich Hausse und Baisse rücksichtslos ausnutzte:

- Münchner Konferenz, Einmarsch ins Protektorat, Memel-Einmarsch.

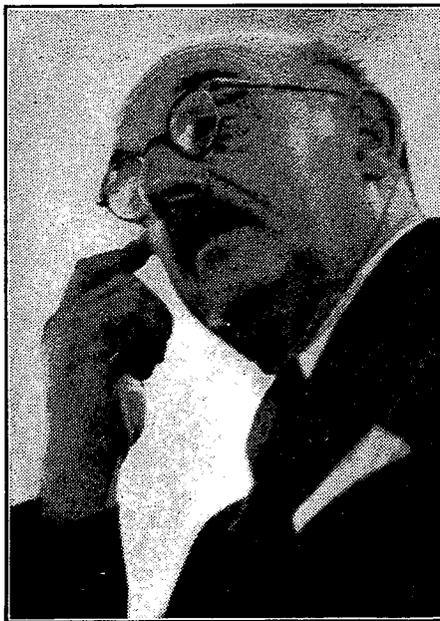
Durch meine politischen Verbindungen wußte ich ja genau, daß kein Krieg kommt — na, das hab ich wahrgenommen.“ Soweit Polizeivizepräsident Weitmann über seine Voraussetzungen zu sprunghafter Vermögensaufstockung.

Im Sommer 39 setzte Weitmann nach England über und übertrug dem Dipl.-Ing. Rudolf Roßmann wieder die Aufsicht über Franken und Papiere. — Nach Kriegsbeginn sollte Weitmann mit weiteren 1600 internierten England-Deutschen per Transportschiff nach Kanada verschickt werden.

Diese Absicht der englischen Regierung scheiterte während der Ueberfahrt an einem Torpedo. Unter den etwa 250 Passagieren, die den Untergang überlebten, war Weitmann, der nun via England mit einem späteren Transport nach Australien gebracht wurde. Dort ging seine Internierungszeit erst nach dem Krieg zu Ende.

Während dieser Internierungszeit wurde die Vollmacht für Dipl.-Ing. Roßmann zurückgezogen. Wie im Hause Roßmann gesagt wird, aus Zorn darüber, daß der Dipl.-Ing. einige Weitmann-Papiere nicht zum absoluten Höchstkurs weitergegeben hatte. Ex-Internierter Weitmann aber erinnert an jenen Roßmann-Schieb, der ihn aus seinem Lagerdösen aufscheuchte. Inhalt war etwa, daß man von der Torpedierung im Atlantik gehört habe, infolgedessen Schlimmes befürchten müsse und zur Vermeidung des Schlimmsten erst einmal die Weitmann-Papiere zu Weitmanns Heil auf den Namen Roßmann habe überschreiben lassen.

Der Krach wäre fällig gewesen, als Weitmann nach Kriegsende zum ersten Male wieder in Zürich aufkreuzte. Inzwischen hatte sich aber in München eine Entwicklung vollzogen, von der der damalige Polizeipräsident Franz Xaver Pitzer aus der Erinnerung folgendes Bild entwirft: „I bin die ganze Zeit umand g'rennt und hob an Vizepräsidenten g'sucht, der Jurist ist. Aber die Juristen war'n



Die Juristen war'n halt alle Pg.
Polizeipräsident Pitzer

halt alle Pg.“ Pitzer war also heilfroh, als ihm der Stadtdirektor Hertz, damals für Straßenreinigung zuständig, den Nefen seines alten Freundes Dr. Fritz Gerlich präsentierte. Der Dr. Weitmann war Jurist, war politisch verfolgt und blickte als Gerlich-Neffe bis zum Stadtoberhaupt Dr. Scharnagl in wohlwollend-zustimmende Augen, als seine Ernennung zum Polizeivizepräsidenten Tatsache wurde.

Pitzer konnte seine Ueberraschung nur schlecht verbergen, als eines Vormittags Investigator Sammüller, Mil.-Reg. München, erschien und an Hand eines schriftlichen Befehls des Stadtkommandanten Oberst Kelly seine Absicht erläuterte, den Vizepräsidenten Dr. Ludwig Weitmann zu verhaften. Die Amerikaner waren auf das Fahndungsblatt der NS-deutschen Kripo gestoßen.

Nun hatte Pitzer von der Vergangenheit seines Vize bisher nur aus dessen Berichten gehört, übersah also die Tragweite der Angelegenheit kaum, so daß er zunächst einmal umfassend für Weitmann bürgte. So wurde die Gefängnishaft verhindert, die Sammüller im Sinne hatte. In einem Seperatzimmer im Speicher der

Präsidenten-Dienstwohnung verlebte Münchens Polizeivizepräsident allerdings zwischen den abgestellten Möbeln von dem Generalfeldmarschall Sperrle fünf denkliche Monate in einem lockeren, hausarrestähnlichen Zustand. Bis die Amerikaner zu seiner offiziellen Tätigkeit wieder ihr o.k. gaben.

Allen Ernstes behauptet heute Dipl.-Ing.-Sohn Wendelin Roßmann, auf diese offizielle Tätigkeit in Münchens Polizei habe der Dr. Weitmann auch im weiteren Verlauf ihrer diversen Auseinandersetzungen mehrmals mit Betonung hingewiesen, bis in die Pfingstzeit dieses Jahres hinein. Weitmann habe den schriftlichen Teil seiner privaten Kontroversen weitgehend auf Bögen mit dem eindrucksvollen Briefkopf des Polizeivizepräsidenten von München erledigt. Was die Gespräche betrifft, so erinnern sich nicht nur die Roßmanns solcher polizeilich-wichtigen Weitmann-Zitate, wie:

- „Der Arm der Polizei reicht bis in den letzten Winkel der Erde. Da kommt uns keiner aus.“
- „Ich gehe nie auf dem zivilrechtlichen Wege vor, sondern immer auf dem strafrechtlichen, das kostet mich nichts und ist bequemer.“

Erzählungen dieser Ereignisse fanden den Weg zur Staatsanwaltschaft. Da war die Steuerfahndung gerade dabei, zu ermitteln, ob Polizeivizepräsident Weitmann jene 96 000 DM, die ihm vom Fürsten von Waldburg-Zeil für Hilfe in Wiedergutmachungssachen als Provision zugedacht waren, ordnungsgemäß versteuert habe.

Münchens Oberbürgermeister Thomas Wimmer sagte seinem Stadtrat, daß zu einem dienstaufsichtlichen Einschreiten gegen den Polizeivizepräsidenten „zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt“ keine Veranlassung bestehe, da „von einem vorsätzlichen Handeln Weitmanns“ nicht gesprochen werden könne.

SCHUMANPLAN

Das größte Abenteuer

Aus Unkel am Rhein kam Staatssekretär Prof. Dr. Walter Hallstein mit kalten Beinen zurück. Er vertritt sie sich jetzt, indem er als Wanderprediger für den Schumanplan durch die Lande zieht. Ihm assistiert dabei Dr. Gerhard Schröder (CDU) vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages. Auf andere Ideen zur Popularisierung des Schumanplans ist die Bonner Bürokratie bisher nicht gekommen.

Der Mißerfolg der Unkeler Vier-Tage-Konferenz vom 17. bis zum 20. Mai 1951 bestand zuerst darin, daß die Deutschen ihren Delegationschef nach Unkel schickten, während die übrigen Länder sich lediglich durch Referenten vertreten ließen. Vor allem wurde die Erwartung Hallsteins, den Vater des Schumanplans, Jean Monnet, in Unkel zu treffen, enttäuscht.

So war das unbefriedigende Ergebnis von Unkel genau das, was müde Parlamentarier machen, wenn sie nicht weiter können; es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der am 25. Juni in Rom abermals diskutieren wird: wo die Hohe Behörde ihren Sitz haben und welche Verhandlungssprache die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ sprechen soll.

Während die Bonner Bürokratie zum Juni-Schmaus nach Rom rüstet, werden die wirklichen Fragen des Schumanplans hinter den fest verschlossenen Türen der Mächtigen von Rhein und Ruhr in einer Sprache diskutiert, die mit dem Diplomatenfranzösisch der Schumanplaner nichts mehr gemein hat. Denn an Rhein und Ruhr ist jetzt die Stunde der Entscheidung gekommen.